

Die „Freie“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei reiner Zustellung ins Haus für Groß-Berlin über bei den...
Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III.
Fernsprecher: Amt Norden 2893 und 2896.

Interessenten senden die achtseitige Nonpareil-Adresse oder deren Raum L 20 III, Wetzlarstr. 10, Berlin NW. 6, an die Redaktion. Bei Familien- u. Vereinstellungen genügt die Angabe der Zustellungsart. Interests für den darauffolgenden Tag müssen spätestens bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufgegeben sein.

Inseraten-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19
Fernsprecher: Amt Norden 9748

STREIFITZ

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Wieder ein Zuchthausurteil.

Essen, 23. August.

In dem seit dem 17. Juli d. J. vor dem hiesigen Schwurgericht verhandelten Prozess wegen schweren Landfriedensbruchs, in welchem es sich um die Voltroper Maffäre vom 19. Februar, die Verhinderung des dortigen Amtshauses und den Kampf gegen die Voltroper Volkzettel, den Gendarmen und Sicherheitswachen handelt und in dem 21 Personen, Mitglieder ehemaliger Sicherheits-, bezw. Volkswachen aus Düsseldorf, Osnabrück und Steyerberg angeklagt waren, wurde heute abend gegen 11 Uhr das Urteil gesprochen. Es wurden verurteilt: Ein Angeklagter zu drei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, einer zu drei Jahren Zuchthaus, einer zu zwei Jahren sechs Monaten Zuchthaus, einer zu zwei Jahren Zuchthaus, einer zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, drei Angeklagte zu je drei Jahren sechs Monaten Gefängnis, fünf Angeklagte zu je zwei Jahren Gefängnis, ein Angeklagter zu einem Jahre Gefängnis. Vier Angeklagte wurden freigesprochen.

Friedrich Naumann gestorben.

Berlin, 24. August.

Der Vorsitzende der Deutschdemokratischen Partei und Abgeordnete der Nationalversammlung D. Friedrich Naumann ist heute in Trodenburg gestorben. Friedrich Naumanns Lieblingsgedanke war, das soziale Ministerium, die Verhöhnung des Sozialismus mit dem Monarchismus. Nach dem Bankrott der von ihm begründeten nationalsozialistischen Partei ging er zu den Fortschrittlichen über; nach dem Zusammenbruch im November des vorigen Jahres half er die Demokratische Partei gründen. Naumann war ein guter Redner und fruchtbarer Schriftsteller, ein bedeutender Politiker ist er jedoch niemals gewesen.

Die Lage in Oberschlesien.

Die Aufgaben der alliierten Militärmission.

H. N. Haag, 24. August. Aus Paris wird gemeldet: Die alliierte Militärmission in Oberschlesien hat große und schwierige Aufgaben zu erfüllen. Sie wird die Ursache der unangenehmen Verhältnisse zu prüfen haben. Sie wird die Wiederherstellung der Ordnung, die Wiederaufnahme der Arbeit in den Gruben und die Vorbereitung für die Volksabstimmung erledigen müssen. Sie wird weiter festzustellen haben, ob nicht im Interesse des Friedens und in Übereinstimmung mit den deutschen Behörden der Termin für die militärische Besetzung in Oberschlesien durch die Alliierten auf ein früheres Datum gesetzt werden kann.

Der neueste Schlachtbericht.

Brüssel, 24. August.

Die 22. Reichswehrbrigade meldet: Südlich Godwin-Lagid beruhten im Laufe der Nacht polnische Banden, die Grenze zu überschreiten. Sie wurden durch W.-G.-Truppen vertrieben. Zwischen Wirtenthal und Woglan erfolgten an mehreren Stellen auf unserer Seite Angriffe durch polnische Banden. Dabei wurde ein Unteroffizier, der leicht verwundet wurde, heimlich ermordet. Sonst verlief die Nacht ruhig. Eine weitere Meldung der 22. Reichswehrbrigade besagt: In der Gegend südlich Goldmannsdorf, Arvis, Röhnik, überschritt eine polnische Patrouille reguläre Truppen die Grenze. Sie wurden vom Grenzschutz zurückgetrieben. Dabei fiel ein Pole verwundet in unsere Hand. Er gehört dem Grenzschutz. Bei Echten-Hütte wurde ein dort verbliebenes Infanterien-Regiment gefoltert. Sonst verlief der Tag ruhig.

Das Ende der Habsburger Herrlichkeit.

Budapest, 23. August.

Das Ungar. Telegr.-Korresp.-Bureau meldet: Heute nachmittag ist vom Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau ein Telegramm hier eingetroffen, worin mitgeteilt wird, daß die alliierten und assoziierten Mächte die Gewerkschaft des kaiserlichen Prinzen Josef und die durch den Prinzen ernannte Regierung nicht anerkennen und erklären, daß sie nicht geneigt sind, mit dieser Regierung über den Frieden zu verhandeln. Nach Einlaufen dieses Telegramms berief Ministerpräsident Beledich sofort ein Ministerium ein, zu dem auch Prinz Josef erschien. Es wurden zwei wichtige Entschlüsse getroffen und zwar erließ, daß Prinz Josef infolge der Stellungnahme der Entente keine Tätigkeit als abgeschlossen betrachtet und von der Gewerkschaft zurücktritt und zweitens, daß auch die durch den Prinzen ernannte Regierung zurücktritt.

Von dieser Entschliessung machte der Ministerpräsident persönlich der in Budapest weilenden Entente-Mission, mittels Botschaft auch dem Präsidenten der Friedenskonferenz Clemenceau Mitteilung. Die Budapest-Entente-Mission forderte den Ministerpräsidenten auf, ein Ministerium zu bilden, in welchem sämtliche Gesellschaftsschichten des Landes vertreten sind. Zugleich wurde der Ministerpräsident aufgefordert, unter allen Umständen für die Aufrechterhaltung der Ordnung zu sorgen. Die Entente stellte zur Bildung der neuen Regierung eine Frist von drei Tagen.

Hierauf kehrte Ministerpräsident Friedrich in den Ministerialrat zurück, wo der Minister des Auswärtigen Lovasz im Namen der Mitglieder des zurückgetretenen Kabinetts vom Prinzen Josef Abschied nahm. Er erklärte, Prinz Josef habe sich in den Stunden der Krise zum Handeln entschlossen, weshalb ihm der ewige Dank der Nation sicher sei. Der Prinz verabschiedete sich bewegt von seinen Mitarbeitern, reichte jedem der Reiche nach die Hand und entfernte sich darauf. Der Ministerialrat beschloß sofort, bis zur Konstituierung der neuen Regierung die Geschäfte des Landes weiter zu führen. Prinz Josef wird morgen vormittag eine Abschiedsproklamation an die Nation erlassen.

Die Habsburger Herrlichkeit ist damit hoffentlich für alle Zeiten erledigt. Das Fiasko, welches sich der Erzherzog Josef bei dem Versuch, die Monarchie in Ungarn wieder aufzurichten, holte, kann durch die süßen Phrasen, mit denen sein Hinauswurf beschönigt wird, nicht verdeckt werden. Das Fazit der ganzen Angelegenheit ist dies, daß die Monarchie vollständig abgewirtschaftet hat und sich in keinem Lande auf die Dauer wieder festsetzen kann.

H. N. Haag, 24. August.

Die „Neue Freie Presse“ erzählt aus Budapest: Es wird allgemein angenommen, daß nach dem Rücktritt des Erzherzogs Josef ein Staatsrat gebildet und von diesem ein Kabinet Lovasz ernannt werden wird. Als Mitglieder des Staatsrates werden genannt: Graf Julius Andrássy, Baron Julius Wlassics, der Großindustrielle Franz Ehrlich und der Sozialistenführer Johann Peidl. Der Rücktritt des Reichsverwesers und des Kabinetts bilden einen vollkommenen Systemwechsel in Ungarn.

Der Kampf gegen Sowjet-Rußland.

Die Entente arbeitet mit Hochdruck auf einen Sturm der russischen Räterepublik hin. Nach den neuesten Meldungen scheinen die ukrainischen gegenrevolutionären Truppen neue Erfolge gegen die Rote Armee erzielt zu haben. Die Gefahr, die das Sowjetrußland durch den Vormarsch der Armee Kollschaks bedrohte und die durch die Niederlage, die dem General beigebracht wurde, beseitigt war, ist durch eine neue, noch größere Gefahr abgedeckt worden, welche vom Südosten her immer drohender heraufsteigt. Anscheinend sind die ukrainischen Truppen von der Entente reichlich mit Waffen, Munition und modernem Ausrüstungsgerät versehen worden, so daß sie ein Uebergewicht über die Rote Armee bekommen haben. Es wird von der Schnelligkeit des Nachschubes an die bedrohten Punkte und von der Vesteilung der inneren Lage abhängen, ob Rußland den Vormarsch der kontrerevolutionären Armee zum Stillstand bringen kann.

Wien, 24. August.

Der „Bozota Wozynska“ zufolge wurde ein Vertrag zwischen Pellsjura und Polen auf folgende Grundlätze abgeschlossen: Die Regierung Pellsjuras erklärt ihr grundsätzliches Desinteressement betreffs Ostgaliziens. Polen und die Ukraine verpflichten sich, mit vereinten Kräften gegen den Bolschewismus zu kämpfen. Die polnische Regierung verspricht, daß sie ohne die Einwilligung Pellsjuras das von seinem Militär besetzte Gebiet nicht betritt.

Amsterdam, 23. August.

Das Pressebureau Radio meldet aus Ooska, daß Teile der bolschewistischen Schwarzmeerflotte, die ausgeschickt waren, um den Vormarsch der Ukrainer aufzuhalten, zu diesen übergegangen sind. Das bolschewistische Meer auf dem linken Ufer des Dnjestr weicht panikartig vor den Truppen des Generals Pellsjura.

Odesa in der Hand der Ukrainer?

H. N. Haag, 24. August.

Aus London wird gemeldet: Von ukrainischer Seite treffen Meldungen ein, daß Odesa nach heftigem Kampf von den Ukrainern besetzt wurde. Landungstruppen der Schwarzmeer-Armee, die den Aufmarsch der Ukrainer hindern sollten, sind zu diesen übergegangen. Das bolschewistische Meer auf dem rechten Ufer des Dnjestr wurde von einer Flottille ergriffen und flüchtete. Obwohl diese Meldung von englischer Seite noch nicht bestätigt ist, nimmt man in London doch an, daß sie zutrifft.

Die Herausforderung.

Die Verbandsgeneralversammlung nimmt mit Entschiedenheit Kenntnis von dem militärischen Gewaltakt, der von Koste im Einverständnis mit der Regierung gegen den rechtmäßigen Vollzugsrat und die Arbeiterräte verübt worden ist. Die Versammelten erklären, daß sie nach wie vor auf dem Boden des Räteystems stehen und alles daran setzen werden, damit der Neuaufbau der Räteorganisation durchgeführt wird.

Die Versammlung spricht der Regierung ihre tiefste Verachtung für diese neue Herausforderung an die Arbeiterklasse aus, sie erklärt, daß sie gegen eine Regierung nur schärfstes Mißtrauen haben kann, die sich auf die brutale Gewalt stützt und mit ihren Maßnahmen gegen das Proletariat die Bestrebungen der Gegenrevolution fördert.

Einmütiger Beschluß der Verbandsgeneralversammlung der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlin am 24. August 1919.

Am 9. November 1918 hat die Regierung der Volksbeauftragten ihr Mandat aus den Händen des Vollzugsrats entgegengenommen. Am 23. August 1919 verübt die Regierung ihren neuesten Gewaltakt gegen den Vollzugsrat. Beide Körperchaften haben in der dazwischenliegenden Zeit eine gewaltige Veränderung erfahren. Aus einer Regierung, die ihre Vollmachten von der Revolution entgegennahm, ist eine Regierung des kapitalistischen Bürgertums und damit gegenrevolutionär geworden. Der Vollzugsrat, damals vorwiegend aus rechtssozialistischen Mitgliedern und unpolitischen Soldatenräten bestehend, wird heute nur noch von den Vertretern der revolutionären Proletariats gebildet. Dieser Gegensatz zwischen den beiden Körperchaften bildet die Erklärung für den brutalen Gewaltakt vom 23. August. Je mehr die Regierung ein Instrument der bürgerlichen Klassenherrschaft wurde, desto stärker mußte ihr Widerwille gegen die Befestigung und immer mächtiger werdende Bewegung der revolutionären Arbeiterklasse werden. Der Bourgeoisie, in deren Auftrag die Regierung handelt, erscheint heute die Umwälzung vom November 1918 wie eine unliebsame Störung des üblichen kapitalistischen Geschäftsganges. Dagegen kommen immer größer werdende Arbeiterkassen zu der Erkenntnis, daß mit den Novembertagen die eigentliche Revolution erst begonnen hat und erst dann zu einem Abschluß gekommen sein wird, wenn die Umgestaltung der kapitalistischen in die sozialistische Produktionsweise vollendet ist und der politische Ueberbau sich dieser Umwälzung angepaßt hat.

In den Jahren 1851 und 1852 hat Karl Marx eine Reihe von Artikeln für die New-Yorker „Daily Tribune“ geschrieben, in denen er sich mit den Ursachen und dem Verlauf der revolutionären und gegenrevolutionären Bewegung in Deutschland in den Jahren 1848 bis 1851 befaßt. Das Bürgertum, das damals der Träger der Revolution war, hatte anscheinend eine entscheidende Niederlage erlitten, nicht nur in Deutschland, sondern auf dem ganzen Kontinent. Marx oder sagt: Was hat das zu bedeuten?

Das nicht das Ringen des bürgerlichen Bürgertums um seine gesellschaftliche und politische Herrschaft achtundvierzig Jahre, das des französischen Bürgertums vierzig Jahre unerbittlicher Kämpfe umfaßt! Und was sein Triumph nicht gerade dann am nächsten, als die wiederhergestellte Monarchie sich fester im Sattel fühlte denn je! Die Zeit jenes Aberglaubens, der Revolutionen der Schwüligkeit einiger Agitatoren zuschrieb, ist längst vorbei. Heuteutage weiß jedermann, daß überall, wo revolutionäre Erschütterungen eintraten, ein gesellschaftliches Bedürfnis dahinter sein muß, dessen Befriedigung durch überlebte Einrichtungen gehindert wird. Das Bedürfnis mag noch nicht so dringend, so allgemein empfunden werden, daß es unmittelbaren Erfolg sicher, aber jeder Versuch, es gewaltsam zu unterdrücken, muß es mit verstärkter Gewalt wieder hervorbringen lassen, bis es seine Peitsche bricht.

Die Zeit des Aberglaubens, von der Karl Marx vor sechzig Jahren glaubte, daß sie längst vorbei sei, ist wiedergekommen. Dieselben Leute, die von sich behaupten, daß sie den Spuren von Karl Marx folgen, erklären jetzt alle Tage, daß die Unruhe der Arbeiter nur den Scheitern einiger böswilliger „Spartakisten“ zuschreiben sei. Sie leugnen das soziale Bedürfnis der Arbeiterklasse nach einer vollkommenen Umwälzung der wirtschaftlichen und der politischen Verhältnisse, sie glauben, die soziale Unruhe damit beseitigen zu können, daß sie deren Aeußerungen mit Kanonen und Maschinengewehren, mit Gefängnis und Schubhaft begegnen. Die Regierung, an der diese Rechtssozialisten mit einer Invidienmehrheit und ihrem Rößle beteiligt sind, glauben in dem besondern Falle des Gewaltakts gegen den Vollzugsrat, daß sie damit den Rätegedanken des deutschen Proletariats ins Herz getroffen haben.

Doch sie wird sich täuschen. Gewalt kann einen augenblicklichen und scheinbaren Erfolg schaffen, zuletzt aber muß sie doch unterliegen. Der deutsche Militarismus hat 44 Jahre lang eine maßlose Gewalttätigkeit ausgeübt, im Innern wie nach außen. Niemals schien er stärker, als in dieser Kriegszeit. Und doch war er schon morisch, als er auf dem Gipfel seiner Erfolge stand. Am Ende ist er elend zusammengebrochen. Die Rostregierung sieht sich heute in der Hölle ihrer Macht, noch hat sie die Maschinengewehre und Kanonen in der Hand, noch gebietet sie über alle Justizhäuser und Gefängnisse. Und auf diese Macht gestützt, glaubt sie, zum letzten Streich gegen die revolutionären Erregungskräfte der Arbeiterklasse auszuholen zu dürfen. Doch diese Macht ist nur eine Scheinmacht. Der nahe Tod ist dieser Regierung aus der Stirn geschrieben.

In einer besonderen Erklärung sucht die Regierung ihren neuesten Gewaltakt sozusagen zu rechtfertigen. Sie behauptet, daß der Volksgesundheitsrat im Interesse einer parteipolitischen Minderheit gehandelt habe, als er die Neuwahlen zum Arbeiterrat ausrief. Wir stellen fest, daß der Volksgesundheitsrat die gewalttätige Mehrheit der werktätigen Bevölkerung hinter sich hat, daß dagegen die Rechtssozialisten, in deren Interesse die Regierung ihren Rostke jetzt handeln ließ, nur noch im Namen einer kleinen Minderheit sprechen dürfen. Die Regierungserklärung sagt weiter, daß die Ausschreibung der Wahlen durch den Volksgesundheitsrat den Versuch bedeute, die Ausführung des Betriebsratsgesetzes zu sabotieren. Auch diese Behauptung geht von falschen Voraussetzungen aus. Der Volksgesundheitsrat ist die rechtmäßige Vertretung der Berliner Arbeiterkräfte, die Ausschreibung der Wahlen war ein gesetzmäßiger Akt. Dabei wollen wir noch gar nicht über den Widerstand reden, daß eine Regierung, die ihre Entstehung aus der „ungeheuerlichen“ Revolution zurückführt, dem gleichfalls aus der Revolution geborenen Volksgesundheitsrat den Vorwurf der Ungesetzlichkeit macht.

Doch wozu erst auf alle diese Beschönigungen und Ausflüchte eingehen! Der „Vorwärts“, der natürlich dem Rostkeiden Gewaltakt ungetrübten Beifall spendet, wird schon deutlicher. Er gesteht zu, daß der rechtmäßige Volksgesundheitsrat aus den ihm von der Regierung zugewiesenen Räumen hinausgeworfen worden ist, weil der geistige Volksgesundheitsrat, der sich aus Rechtssozialisten und Demokraten gebildet hat, dringend der Unterstützung durch die Regierung bedarf. Dieser geistige Volksgesundheitsrat hat bei der Waffe der Arbeiterkraft nicht den geringsten Kredit; er will diesen erhalten durch die Hilfe, die ihm von der Rostkegarde zuteil wird. Die Rechtssozialisten und Demokraten sind unter nichtigen Vorwänden aus dem Volksgesundheitsrat ausgeschieden, um die revolutionäre Erregungskräfte der Arbeiter zu zwingen und womöglich zu beseitigen. Sie haben zweifellos im Einverständnis mit der Regierung gehandelt. Die Regierung ermahnt ihnen jetzt den Dank dafür dadurch, daß sie die weitere Verletzung des rechtmäßigen Volksgesundheitsrates mit Gewalt zu unterbinden trachtet. Der „Vorwärts“ nennt das „eine Sammelmaßnahme für die Demokratie und gegen die bolschewistische Räteregierung“. Die Arbeiterkraft empfindet den Gewaltakt als das, was er ist: als einen Streich gegen die Revolution, als einen letzten Versuch, die Herrschaft des kapitalistischen Bürgertums gegenüber den Forderungen des Proletariats zu befestigen.

Die Masse der Berliner Arbeiterkraft, die in der Unabhängigen Sozialdemokratie ihre Vertretung sieht, hat in der geistigen Verbandsgeneralversammlung der Berliner Wahlvereine durch die Schaffung einer neuen Organisation der Regierung bereits die eine Antwort auf ihre Herausforderung gegeben. Die weitere Antwort wird jetzt von den Arbeitern selbst kommen. Die Verachtung und das Mißtrauen, das die Verbandsgeneralversammlung in ihrem Beschluß der Regierung ausgesprochen hat, wird von der ganzen Arbeiterkraft geteilt werden. Der Sieg, den die Regierung am Sonnabend gegen den Volksgesundheitsrat errungen hat, hat für eine neue Niederlage in den Reihen der Arbeiter bereitet.

Eine neue Spitzelgeschichte.

Eine bürgerliche Korrespondenz erzählt folgendes zum neuesten Gewaltakt der Regierung:

Diese Maßnahme ist, wie uns von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, hauptsächlich auf die Propaganda des Volksgesundheitsrates für die Arbeiterwahlen in Berlin zurückzuführen. Es bestehen aber noch andere Gründe, welche es der Regierung geboten erscheinen lassen, gerade jetzt eine solche Maßnahme anzunehmen, die ohne Frage in weiten Kreisen der Berliner Arbeiterkraft als „Vergewaltigung“ angesehen wird. Die Tätigkeit des unabhängigen Volksgesundheitsrates war in den letzten Wochen ganz dazu angeht, die in der Industrie und im Handel herrschende wirtschaftliche Unsicherheit bedenklich zu steigern. Die „Erfassung“ der werktätigen Bevölkerung Berlin geschah nicht lediglich, um hier dem von der U. S. V. D. für einen Ortsbezirk gerechtmachten Wahlsystem zum Siege zu verhelfen. Vor wenigen Wochen traten in aller Stille Delegierte der U. S. V. D. aus allen Teilen des Reiches zusammen, um über die künftige Gestaltung des Wirtschaftslebens zu beraten, sobald die Zeit gekommen sei, um mit der Übernahme der Macht, auch das Wirtschaftsleben zu reorganisieren. Man hat mit dem neuen Wahlsystem lediglich in Berlin den Anfang gemacht, weil man hier immerhin auf einen Erfolg der Union rechnen konnte. Ebenso sollte in Leipzig und in München in der nächsten Zeit die Erfassung der Wählermassen durch die U. S. V. D. erfolgen.

Zugleich mit dem Wahlsystem ist auch die Umgestaltung der kapitalistischen Wirtschaft bis in Einzelheiten hinein beraten und festgelegt worden. In den Berliner Betrieben ist seit Wochen für die Umstellung der kapitalistischen Wirtschaft in die vom Maximum geforderte Produktionsintensivierung durch Wort und Schrift eifrig gearbeitet worden. Nebenbei hingen graphische Darstellungen, welche den Aufbau des wirtschaftlichen und — das war ausdrücklich festgelegt — des politischen Wirtschaftssystems darstellten. Auf den Straßen wurden Hunderttausende von Flugblättern verteilt, welche die Gestaltung der bisherigen Staats- und Wirtschaftsform durch die Räte predigten. In Sachsen hat man ebenso eifrig gearbeitet wie in München und Hamburg. Aus diesem Grunde hat die Regierung sich veranlaßt gesehen, dem Berliner Volksgesundheitsrat, in dessen Räumen viele Arbeiter zusammenkamen, einen Riegel vorzuschieben. Unannehmlich war das Haus in den Jahren, das über 25 Zimmer besitzt, dem ursprünglich aus den drei Fraktionen der Demokraten, Sozialdemokraten und Unabhängigen, zusammengesetzten Volksgesundheitsrat zur Verfügung gestellt worden. Es war von vornherein klar, daß nach Ausschleiden

der beiden ersten Fraktionen das Gebäude den Unabhängigen und Kommunisten nicht mehr allein überlassen würde. Die am heutigen Montag stattfindende Funktionärskonferenz der U. S. V. wird sich nun zunächst mit der Frage beschäftigen, wo der ernannte Volksgesundheitsrat sein Heim aufschlagen wird und welche Schritte man ergreifen soll, um die Herausgabe des beschlagnahmten Materials zu erzielen. Vorläufig ist die Wahlerfassungsjaktion der U. S. V. D. gestoppt, denn die einzelnen Sammelstellen können selbstverständlich ihre Arbeit auch nicht weiter fortsetzen. Erst die Zusammenstellung aller Listen aus dem Wahlbureau hätte dem Volksgesundheitsrat Unterlagen für die geplanten Wählerwahlen geben können. In den großen Protestversammlungen am kommenden Dienstag werden die Unabhängigen und Kommunisten, wenn die Versammlungen überhaupt stattfinden, sich mit der Frage beschäftigen, was nun zu tun sei.

Des langen Geredes kurzer Sinn ist der: Die „sozialistische“ Regierung will den Arbeitern verbieten, für die Beseitigung des Kapitalismus, für die Verwirklichung des Sozialismus zu wirken! Sie macht den Arbeitern zum Vorwurf, daß sie mit ihrer Propaganda für die Verwirklichung des Sozialismus die wirtschaftliche Unsicherheit bedenklich steigern. In verständliches Deutsch übertragen heißt das, daß die „sozialistische“ Regierung sich vor den Geldschrank der Besitzenden stellt und keine größere Sorge kennt, als alle Profitmöglichkeiten des Kapitals wieder sicherzustellen. Bedarf es noch eines Beweises dafür, daß die Partei der Rechtssozialisten, aus deren Reihen sich die Regierung zu Zweidritteln zusammensetzt, mit wirklichem Sozialismus nichts mehr zu tun hat?

Bemerkenswert ist der Inhalt dieser Spitzelgeschichte, in dem es heißt: „wenn die Versammlungen überhaupt stattfinden“. Wir erinnern daran, daß auch als vor dem 21. Juli Herr Rostke die Versammlungen der Unabhängigen Sozialdemokratie verboten wollte, er sich vorher ausdrücklich des Einverständnisses des rechtssozialistischen Parteivorstandes versicherte. Es ist anzunehmen, daß ein solches Einverständnis auch bei dem neuesten Gewaltakt zustande gekommen ist, und daß Herr Rostke bereits wieder in Verhandlungen mit dem rechtssozialistischen Parteivorstand steht, um auch die Versammlungen am kommenden Dienstag zu verbieten. Wir wollen abwarten, ob er es wagen wird!

Die Einwohnerwehren in der Klemme.

Seit dem Beschehen der Einwohnerwehren konnten wir durch eine Reihe von Dokumenten immer und immer wieder den realen Charakter dieser von der Garde-Kavallerie-Schützen-Division ins Leben gerufenen Organisation bekräftigen. Wir haben den Nachweis erbracht, daß die Einwohnerwehren zu dem Zweck gegründet worden sind, die Erregungskräfte der Revolution zu untergraben und den bürgerlichen Staat wieder zu befestigen. Die Einwohnerwehren geben sich wohl nach außen hin den Schein, neutral zu sein. In Wirklichkeit werden nur „zuverlässige“ Leute in ihre Reihen aufgenommen. Jeder, der in dem Gerede steht, mit der revolutionären Erhebung in irgendeiner Verbindung gestanden zu haben, gilt als unzuverlässig. Um wie die Tür gewiesen, während den Feinden der Revolution: den monarchistischen Offizieren, die offen auf einen Sturz der Republik hinarbeiten, den Großgrundbesitzern, die nach einer blutigen Abrechnung mit dem Landproletariat schmachten, dem reaktionären Bürgertum, das seine Massantwortliche gemacht wissen will, alle Töne offenstehen. Der alte Geist der militärischen Unterordnung und des Untertanenstandes wird in den Einwohnerwehren systematisch gepflegt. Nicht der Geist des Volkes, das nach voller Freiheit und Gleichheit strebt, ist in ihnen lebendig, sondern der Geist des Militarismus, der mit Waffengewalt die Rechnung zu begleichen versucht, die das Volk nach dem schweren Leide des Krieges dem Staat präsentiert.

Die Einwohnerwehren sind durch den steten Kampf, den wir gegen die bei ihr abwaltende Reaktion führten, arg in die Klemme geraten. Sie brauchen aber neuen Auftrieb, in der stillen Hoffnung, daß bald die Abrechnung der Reaktion haben könne, und getreu ihrem Charakter wollen auch sie dabei ihren Mann stellen. In vorzüglicher Einschätzung des rechtssozialistischen Charakters hat die Zentralstelle für Einwohnerwehren (Garde-Kavallerie-Schützen-Division) daher ein Flugblatt verfaßt, das in der „Vorwärts“-Druckerei hergestellt und in der Sonnabend-Morgenausgabe dieses sogenannten Arbeiterblattes den Lesern als Sonderbeilage präsentiert wurde. Bürgerliche Zeitungen sind beziehungsweise von dieser Beilage verschont geblieben. In dem Flugblatt wird der Versuch unternommen, die Einwohnerwehren von dem Verdacht gegenrevolutionären Charakters reinzuwaschen. Zu diesem Zweck wird ein Artikel aus der „Freiheit“ nachgedruckt: Die Einwohnerwehren und der Friedensvertrag, erschienen in Nr. 349 vom 26. Juli. In diesem Artikel halten wir an der Hand eines Rostke-Erlasses den dokumentarischen Nachweis erbracht, daß die Einwohnerwehren militärische Organisationen sind, und daß sie daher gegen den Friedensvertrag verstoßen.

Wir haben von dem Artikel kein Wort anzunehmen. Die Zentrale der Einwohnerwehren verhält auch nicht über sachliche Argumente, um unsere Behauptungen widerlegen zu können. Sie versucht daher, durch eine Flut von Schimpfwörtern, die deutlich vertragen, daß die „Vorwärts“-leute bei der Verfassung des Flugblattes Parteigänger haben, unsere Beweisführung zu untergraben. Wir stehen zu hoch über der Sache, um der Zentralstelle für Einwohnerwehren auf dem von ihr eingeschlagenen Weg zu folgen. Wenn sie jedoch das Bestehen der Einwohnerwehren damit zu rechtfertigen sucht, daß die U. S. V. D. in ihrem Revolutionsprogramm eine Volkswehr fordere, was gleichbedeutend sei mit einer Klassenwehr, so möchten wir darauf hinweisen, daß es um die Zukunft Deutschlands weit besser bestellt wäre, wenn es die von uns geforderte Volkswehr bestände. Denn sie hätte als getreuer Hüter des Volkswillens all die Rechte und Freiheiten gewahrt, die sich das Volk in den Revolutionstagen erobert hatte. Osterreich, das eine solche Volkswehr besitzt, zeigt, was diese Volkswehr für ein Land bedeutet. In Deutschland hingegen, wo wir eine Volkswehr, sondern eine Reichswehr haben, die von der Einwohnerwehr würdig ergänzt wird und deren Führung in den Händen von Männern liegt, welche sich offen als Feinde des von der überproben Mehrheit des Volkes beabsichtigten Willens bekennen, tobi das Chaos und die Unordnung, weil die bewaffnete Macht das ausgebrochene Klasseninstrument einer Minderheit ist und deren geschichtlich nicht mehr berechtigten Interessen mit roher Gewalt wahrzunehmen versucht.

Der konterrevolutionäre Charakter der Einwohnerwehren bleibt also bestehen. Er ist in den letzten Tagen aufs neue erhärtet worden durch die großen Waffensendungen, welche den pommerischen Agrariern von den Verbänden der Einwohnerwehr heimlich zugeführt wurden und die benutzt werden sollen im Kampf gegen das pommerische Proletariat. Die Zentralstelle für Einwohnerwehren ist es, die all diese Befehle und Direktiven erteilt. Der Geist, der bei der Reichswehr vorherrschend ist und der sich darin dokumentiert, daß 90 Prozent der Offiziere fast auf dem Boden der Monarchie stehen, spielt auch bei den Einwohnerwehren die ausschlaggebende Rolle. Republikanisch gesinnte Offiziere und Mannschaften werden bei einer Organisation so wenig gebildet wie bei der anderen. Hat doch die Zentralstelle für Einwohnerwehren am 18. Juli den ihr unterstellten Offizieren sogar den Beitritt zum Republikanischen Führerbund verboten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir auch festhalten, daß das Flugblatt sich einer großen Fälschung schuldig macht, wenn es behauptet, daß das Verbot, dem Republikanischen Führerbund beizutreten, bereits wieder aufgehoben worden sei, als der von uns verfaßte Artikel, der die Zentralstelle für Einwohnerwehren so sehr in Harnisch gebracht hat, erschien. Unser Artikel erschien am 26. Juli, der Befehl hingegen wurde erst am 26. Juli aufgehoben — also jedenfalls gerade auf Veranlassung unseres Artikels hin, der so schwerwiegende Anlagen gegen die Einwohnerwehren enthielt, daß man nicht umhin konnte, dem Volk das Schicksal zu befehlen.

Die ganze Tendenz des Flugblattes ist so durchsichtig, daß kein ehrlicher Arbeiter für die Einwohnerwehren irgendeiner Sympathie gewinnen wird. Diese Sympathie ist bei den Arbeitern überhaupt nie vorhanden gewesen. Dazu ist deren politisches Bewußtsein doch zu scharf, als daß er durch irgendein journalistisches Machtwort getribselt werden könnte. Und zwar am allerwenigsten dann, wenn dieses Machtwort bei allem Drum und Dran auch noch dem „Vorwärts“ beiliegt.

Die Pogromhefe bei der Reichswehr.

Unter dieser Überschrift brachten wir in Nr. 339 unseres Blattes einen Artikel, in dem behauptet war, daß der ehemalige Eisenbahningenieur Josef Anauer, einer der bekanntesten Judenbeißer, bei der Division Lettow-Vorbeck die Leitung des politischen Aufklärungsdienstes in den Händen gehabt habe, obwohl er vorher wegen seiner antisemitischen Tätigkeit bei einem anderen Reichswehrtruppenteil ausgeschlossen worden sei. Hierzu wird uns nur von dem Leiter des Aufklärungsdienstes der Division Lettow mitgeteilt, Anauer sei lediglich als Soldat eingestellt gewesen und habe im Aufklärungsdienst keine Rolle gespielt. Demgegenüber stehen wir fest, daß unsere Mitteilungen sich auf einen Artikel des Berliner Tageblattes stützen, welches seine Angaben der „Allgemeinen Zeitung für das Judentum“ entnommen hatte. Das Berliner Tageblatt hat bisher noch keine Verichtigung von der Division Lettow erhalten, wohl aber hat es in seiner Freitag-Morgenausgabe erneut behauptet, daß Anauer infolge der Beleuchtung, die seine Tätigkeit bei der Division von Lettow durch die Presse erfahren hätte, von diesem Truppenteil ausgeschlossen worden sei. Diese Behauptung läßt die Verichtigung, die wir von der Division erhalten haben, in einem recht eigenartigen Licht erscheinen.

Antisch wird mitgeteilt:

Die rücksichtslose Pogromhefe gewisser radikal-antisemitischer Kreise hat in jüngster Zeit die bedenklichsten Ausschüßel gezeitigt und wiederholt zu Plünderungen und Zusammenstößen geführt. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Verhöhnung der Massen den zu dem Wiederaufbau und der Befestigung des Volksganges dringend erforderlichen inneren Frieden auf das schwerste gefährdet. Der Staatskommissar für die Ueberwachung der öffentlichen Ordnung hat sich daher gegenwärtig bemüht, diesem gefährlichen Treiben entgegenzutreten. Es handelt sich dabei nicht um eine Verhinderung einzelner politischer Parteipropaganda, wohl aber um die Verhinderung der Verhöhnung der öffentlichen Ruhe und Sicherheit zu führen und die Festigung der Staatsautorität zu erschweren, ohne Ansehen der Partei rücksichtslos vorgegangen werden.

Es wäre für die Öffentlichkeit von großem Wert zu erfahren, welche Maßnahmen der Staatskommissar ergriffen hat. Bisher haben wir von ihnen noch nichts gehört, trotzdem die antisemitische Hetze unverändert fortgedauert wird.

Die Kommunisten und der Wiederaufbau.

Bereits vor einiger Zeit haben wir an einem Artikel, der in der Hanauer „Freiheit“ erschienen ist, nachgewiesen, daß die Stellungnahme der Kommunisten zu der Frage des Wiederaufbaus sich durch die bei ihnen bereits bekannte Art von kommunistischer Konfusion auszeichnet. In Nr. 41/42 der in Berlin erscheinenden „Roten Fahne“ ist dieser Artikel abgedruckt worden. Er sprach sich für die Beteiligung der Arbeiter an dem Wiederaufbau aus und verlangte nur als Voraussetzung einige sozialpolitische Sicherungen, die hinter dem zurückbleiben, was die unabhängige Partei in ihren in den Berliner Versammlungen vorgelegten Entschlüsse gefordert hatte. Sehr merkwürdig berührte in diesem Artikel die Tatsache, daß die Betriebsräte, deren Wirksamkeit in Deutschland die Kommunisten nicht festig genug angreifen können, hier mit einemmal für Nordfrankreich gefordert werden, da sie eine große revolutionäre Erregungskräfte darstellen.

Ist schon hieraus ersichtlich, daß bei den Kommunisten wegen der Beteiligung der deutschen Arbeiter am Wiederaufbau ein sehr große Unklarheit herrscht, so zeigt ein in Nr. 43/44 der „Roten Fahne“ erscheinender Artikel, daß die Stellungnahme der Kommunisten in dieser Frage lediglich beherrscht ist von agitatorischen Gesichtspunkten. Man empfindet anstößig in letzter Zeit nach dem Zusammenbruch des Reiches gesehen die U. S. V. wegen ihrer Stellungnahme in der Befestigung der U. S. V. an den Hoaren herbeizugreifen. Als Arbeiter der „Roten Fahne“ heißt die Tatsache, daß die Arbeiter einer von der Klassenstillstandskommission herausgegebenen Schrift über den Wiederaufbau den Rat einiger Unabhängiger eingeholt haben. Sie schließen daraus, daß diese Denkschrift in jeder Weise die programmatischen Forderungen der U. S. V. darstelle. Diese Schlussfolgerung ist selbstverständlich völlig willkürlich. Es ist ein Versuch mit völlig unzutrefflichen Mitteln, wenn die Kommunisten jetzt den Eindruck zu erwecken suchen, als wenn es die U. S. V. in dieser Frage irgendeine an Entscheidung hätte fehlen lassen. Am Gegenteil, während

Die Kommunisten noch unentschieden hin und her schwanken und nicht wußten, was sie in dieser Frage tun sollten, hatte die U. S. V. bereits klar und deutlich die Forderungen der Arbeiterklasse erhoben.

Die unklar die Stellungnahme der Kommunisten zur Frage der Beteiligung der Arbeiter am Wiederaufbau ist, zeigt der Beschluß des stark unter kommunistischem Einfluß stehenden Kongress der Erwerbslosen, der gegenwärtig in Cambridge liegt. Nach einem Referat von Wendel Berlin, in dem die vorstehend zurückgewiesenen Angriffe auf die U. S. V. erwidert wurden, wurde gegen vier Stimmen die Beteiligung an dem Wiederaufbau abgelehnt, da sie mit der Forderung des Kapitalismus übereinstimmen würde. Die Erwerbslosen scheinen vorzuziehen zu haben, daß während des Bestehens der kapitalistischen Produktionsweise auch jede Arbeitsleistung innerhalb Deutschlands „den Kapitalismus fördert“. Wollen sie deshalb so lange arbeitslos bleiben bis der Kapitalismus abgeschafft ist und glauben sie dadurch die Einführung der sozialistischen Produktionsweise zu fördern? Bezeichnend ist auch die Tatsache, daß ein Redner, als er praktische Vorschläge zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen beim Wiederaufbau vorgebracht, mit Zwischenrufen: „Der zweite Kasse“ unterbrochen wurde. Mit diesem Verstoß hat sich der Kongress nicht in Gegensatz zur kommunistischen „Roten Fahne“ gesetzt, die in Nr. 30/40 schrieb, daß die strikte Ablehnung „politisch unklug“ sei.

Die Schuld an der Verkehrsnot.

In einer augenscheinlich vom Eisenbahnministerium autorisierten Notiz in der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ wird angegeben, daß das Eisenbahnministerium bei dem Bestreben, den Wasserweg für die Kohlentransporte zu benutzen, zum großen Teil auf den Widerstand der Interessenten gestoßen ist, besonders weil er teurer als der Eisenbahntransport ist. Es ist bemerkenswert, daß bisher gegen dieses die Allgemeinheit schwerlich die Verhinderung nicht unternommen worden ist. Daher sieht sich auch die „Rote Fahne“ zu folgender Kritik an dem Verhalten der Behörden veranlaßt:

Diese amtliche Darstellung der Verhältnisse insbesondere in der Schifffahrt wirft ein erschreckendes Licht auf die Hilflosigkeit und Planlosigkeit, mit der die Regierung das Problem der Kohlentransporte bisher angefaßt hat. Wenn wirklich die nicht genügende Ausnutzung des Wasserweges darauf zurückzuführen ist, daß die rein private Schifffahrt in den Breiten mit der mit Unterhalt arbeitenden staatlichen Eisenbahn nicht konkurrieren kann, so erscheinen auch die Vorwürfe glaubhaft, die in einer Aufsicht in der „Freiheit“ erhoben werden. Es ist die höchste Zeit, daß auf dem Gebiete der Verkehrsnot endlich die Regierung das planlose Konstruieren der staatlichen Eisenbahn und primitiver Schifffahrt überwindet und durch die Führung einer einheitlichen Verkehrsverwaltung ersetzt.

Es ist aber auch höchste Zeit, daß die Regierung den sozialistischen Interessenten mit der Schärfe entgegentritt, die sie bisher nur bei den Arbeitern beliebt hat.

Ein Hilferuf.

Der Vorstand der sozialistischen Partei in Mexiko hat an die Arbeiterpartei und Gewerkschaften in den alliierten und neutralen Ländern ein Schreiben geschickt, worin er auf die traurige Lage der Sozialisten in Amerika aufmerksam macht. Seit Beginn des Krieges seien zahllose Bürger wegen Beteiligung an politischen Meinungen oder auch für ihre religiöse Überzeugung verurteilt und bestraft worden. Es seien Tausende in Gefängnisse und Konzentrationslager geschickt worden, die sich gegen die Arbeiterpartei und ihre Organisationen richteten. Tausende von Arbeitern seien augenblicklich in den Gefängnissen, wo sie wie Verbrecher behandelt werden. Das Schreiben enthält dann folgende Einzelheiten:

Eugene S. Debs, der viermal Kandidat für den Präsidentschaftsamt der Vereinigten Staaten auf der sozialistischen Liste war, sitzt jetzt in dem Staatsgefängnis von Atlanta (Georgia) eine schwebende fünfjährige Haft ab. Er wurde verurteilt für eine Rede, in der er nicht die Regierung, sondern die Spekulanten angegriffen hatte. Er ist schon 63 Jahre alt und ist seit mehreren Jahren kranklich. Dennoch wird er gezwungen, 15 Stunden täglich in der Schneiderzucht zu arbeiten, was man ihn dann ununterbrochen jeden Tag auf 14 Stunden in eine Einzelzelle einsperrt.

John R. D. Berger, der früher Abgeordneter war, und wegen Verstoßes gegen die Neutralitätsgesetze von 20 Jahren verurteilt worden, die er in einem Staatsgefängnis von Beaverworth (Kansas) absitzen muß. Mit ihm wurden noch zu einer Strafe von gleicher Höhe verurteilt: James S. John Tuder, Schriftsteller, Dichter und William H. Kruse, Sekretär der Vereinigung der sozialistischen Organisationen in Amerika.

Der Vorstand der Partei ersucht darum, daß sich die Arbeiterpartei und Gewerkschaften der alliierten und neutralen Länder an Wilson wenden, damit er dafür Sorge, daß die politischen Gefangenen in Amerika befreit werden.

Zwischenfall zwischen Deutschen und Tschechen in Wien.

H. N. Wien, 24. August. Auf dem Wiener Nordwestbahnhof hat sich gestern ein Zwischenfall abgespielt. Ein Zug von 300 Tschechen wollte zu einem Best nach Znaim fahren. Ein Teil von ihnen hatte einen Koffer mit sich, der als „Koffer“ bezeichnet wurde. Die Tschechen wollten diesen Koffer annehmen. Dies veranlaßte auf Deutschen und Tschechen nach Wien geschickte deutsche Eisenbahnbeamte und einen deutschen Nationalen zu tschechischen Demonstrationen, die infolge der Erregung einen bedrohlichen Charakter

annahmen. Auch die Adresse des tschechischen Bevollmächtigten Dr. Robert Fiedler, sowie seiner Gemahlin wurde vom Publikum gewaltsam beschändert.

Generalversammlung der sechs Berliner Wahlkreise (U. S. V. D.).

Am gestrigen Sonntag fand in den Germania-Sälen die Generalversammlung der sechs Berliner Wahlkreise statt. Den Hauptberührungspunkt bildete die

Reorganisation der Bezirksorganisation Stadt Berlin. Genosse Krause berichtete über die Arbeiten der Reorganisationskommission und betonte, daß das Schwergewicht der neuen Organisation bei den Mitgliedern liegen solle. Dadurch sollen die Mitglieder zur engeren Anteil-

Die Gegenrevolution erhebt ihre Haupt! Im Osten soll der erste Schlag geführt werden. Arbeiter, Parteigenossen! Seid auf der Hut! Erscheint in Massen in den Protest = Versammlungen am Dienstag.

Genosse Krause mahnte, die Schuld nicht immer auf die Führer abzumägen, sondern sie auch bei uns selbst zu suchen. Mit der Parole: „Alle Macht den Arbeitern und Soldaten“ ist es noch lange nicht getan. Wir haben ja noch nicht mal in den Industriebetrieben die Mehrheit der Arbeiter für uns. Für Durchführung der Revolution gehört die Masse, nicht allein die Führer. Genosse Redakteur Prager stellte einen erheblichen Grad von Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Streitfragen fest. Man greife nach einem Fetisch. Nicht was nicht nach Räteformen aussehe, existiere nicht mehr. Bisher habe die Erfahrung nicht gezeigt, daß die Politik der Masse die Arbeiter mehr revolutionisiert und die Einigung des Proletariats nähererückt habe als die Politik der Partei. Weder der Parlamentarismus, noch das Räteystem seien als einzige Mittel zu betrachten, sondern alle Mittel müßten in Anspruch genommen werden zur Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Die „Freiheit“ habe die Aufgabe, alle Mittel zu erörtern. Genosse Jochims sprach sich ebenfalls für die sofortige Einberufung des Parteitag aus und verteidigte die allgemeine Haltung der Partei sowie auch die Teilnahme an der Luzerner Konferenz.

Der Antrag auf sofortige Einberufung eines Parteitag wurde darauf einhellig angenommen.

Nach einigen unwesentlichen Erörterungen wurde die Generalversammlung geschlossen. Das neue Statut bringen wir ausführlich in einer späteren Nummer.

Genosse Rintort begründete darauf die gedruckt vorliegenden Änderungsanträge des 4. Kreises, welche den Organisationsaufbau im Sinne des Räteystems zur Voraussetzung haben.

Einen Antrag der Frauen auf Bildung einer Frauenagitationskommission und Teilnahme der Frauen an der engeren Verwaltung begründete Genossin Bengels. Sie wies hin auf den Mangel an tätigen Genossinnen, der die Agitation unter den Frauen nährlich erschwere. Sie forderte auch die Bestrebungen aller bürgerlichen Parteien auf Gewinnung der Frauen. Dieselben stellen mit ihren reicheren Mitteln Frauenvereine an. Es muß deshalb von unserer Seite, auch ohne Mittel, alles geschehen, um die Frauen für uns zu gewinnen. Rednerin verlangt eine Vertretung der Frauen auch in der engeren Verwaltung.

Genossin Barm bestärkte einen Antrag, die Kindererschulskommission auch weiterhin bestehen zu lassen. Genossin Scheithauer stellte den Antrag, daß der Vorsitzende der Berliner Parteioorganisation auch gleichzeitig Vorsitzender des Provinzialverbandes Berlin-Brandenburg sein müsse.

Genosse Feld erklärte, daß sich der 6. Kreis auf den Boden der Kommissionsvorschlüsse gestellt habe. Es sei jetzt Zeit, endlich an die praktische Arbeit zu gehen, die Zeit der Diskussion müsse endgültig vorbei sein. Dem Antrag Scheithauer gegenüber erklärte Feld, daß man der Versammlung des Provinzialverbandes nicht vorgreifen könne, sondern lediglich dort diese Auffassung zum Durchbruch bringen. Schnelle Arbeit sei das Wichtigste.

Genosse Peile empfahl den Antrag der Frauen zur Annahme und meinte hinsichtlich der Kindererschulskommission, daß diese etwas überholtes sei. Es sei Aufgabe des Staates und der Kommunen, helfen in das Kinderland einzugreifen. Denn es sei uns ja doch nicht möglich, diese Arbeit so zu leisten, wie es unser Herz verlangt. Peile betonte nachdrücklich die Wichtigkeit der Bildungsarbeit. Er wandte sich gegen die Vorschläge des 4. Kreises und empfahl die Annahme des Kommissionsentwurfes.

Genossin Barm behauptete, daß keine Frauen zur Reorganisationskommission hinzugezogen wurden, trotzdem ein Antrag bei der Zentralleitung vorlag. Sie schilderte die Arbeit der bürgerlichen Parteien an den Frauen und betonte, daß wir heute mehr Frauen wie Männer als Wähler haben. Sie forderte eine vernünftige Arbeitsteilung und Ueberlassung der Gebiete an die Frauen, die denselben besonders zugunlich sind.

Genosse Kleinschmidt verteidigte in längerer Rede die Vorschläge des 4. Kreises.

An der nun folgenden Einzelabstimmung wurde der Entwurf der Reorganisationskommission mit Teilen der Vorschläge des 4. Kreises verbunden. Angenommen wurde der Antrag der Frauen, der Antrag der Kindererschulskommission, der Antrag Scheithauer wurde zurückgezogen. Die Gesamtabstimmung ergab die Annahme des abgeänderten Entwurfes gegen zwei Stimmen.

Die Wahl des Vorstandes wurde auf Antrag des 4. Kreises zurückgestellt, bis die Neubildung durchgeführt ist. Der bisherige Vorstand wurde beauftragt, bis dahin die Geschäfte provisorisch weiterzuführen.

Zum Punkt Verschiedenes stellte Genosse Neumann den Antrag auf

Einberufung eines Parteitag.

Den Antrag begründete Genosse Leupold. Er führte aus, daß besonders die Teilnahme an der Konferenz der Internationale in Luzern und die Haltung unserer Delegierten dort sowie die Erklärung des Landesparteitages von Sothen hinsichtlich der Beteiligung an der Regierung und der Schreibe der „Freiheit“ über den Reichstag eine klare Stellung der Politik unserer Partei nötig mache. Insbesondere das letzte Vorgehen der Regierung gegen den Volksgarant beweise diese Notwendigkeit. Der Redner sprach für eine reinliche Scheidung zwischen Parlamentarismus und Räteystem und meinte, daß unsere Abgeordneten in den Parlamenten bessere Arbeit hätten leisten können, wenn sie auf Land zur Apollation gegangen wären. Aus allen diesen Gründen müsse die Einberufung des Parteitag verlangt werden. (Beifälliger Beifall.)

Lautant erwiderte dem Redner, daß die Schreibe der „Freiheit“ nicht Ende des Parteitag sein könne, da die führenden Genossen der „Freiheit“ Berliner Organ sei. Da die führenden Genossen der Rätebewegung jede Mitarbeit an der „Freiheit“ trotz Einladung abgelehnt hätten, könnten sie auch keine Vorwürfe gegen die

„Freiheit“ erheben. Redner polemisierte gegen Leupold und wies es zurück, daß die Abgeordneten in Weimar sitzen und nichts tun, außer die Käse der Fraktionsmitglieder sei immer unierweg auf der Agitation. Er leitete mit, daß die Zentralleitung bereits den Volksgarant gefaßt hat, zum Herbst einen Parteitag einzuberufen, auf dem alle schwebenden Fragen zur Entscheidung kommen sollen. Unsere Vertreter auf der Luzerner Konferenz hätten keinen Zweifel dort gelassen über unsere Stellung.

Genosse Neumann bemerkte gegenüber dem Redner, daß er und seine Freunde die Sache doch etwas anders anschauen als Lautant. Der Parteitag habe sich auf den Boden des Räteystems gestellt, aber sich noch die Hintergründe des Parlamentarismus offengelassen. Er wies ebenfalls auf Sothen. Den Parlamentarismus machte er den Vorwurf, daß sie nicht energisch genug gegen die Abwärtung der kommunalen Arbeitertätigkeit eingetreten seien. Auf dem Parteitage solle die Frage Parlamentarismus oder Räteystem erledigt werden und nicht mehr Parlamentarismus und Räteystem. Der Parlamentarismus komme für uns nicht mehr in Frage. In Luzern meinte Neumann, daß die Rechtssozialisten Frankreichs, Englands und Belgiens genau so schuldig seien, als die deutschen und daß es mit ihnen ebenfalls ein Zusammenarbeiten gäbe. Habe man dies eingesehen, dann müsse man zur dritten Internationale kommen und sich nicht daran halten, ob das eine kommunistisch sei. Was getiere in den Belton vorgeschlagen sei, sei nicht von nebensächlicher Bedeutung. Die Regierung hatte eingesehen, daß sie den Volksgarant auf gefehlichem Wege nicht hindern könne, deshalb habe sie ihren Kasse beauftragt, zu helfen. Wir werden uns nicht abbringen lassen und weiter arbeiten. Aber wir müssen auch von der Parteileitung verlangen, daß sie hier einspringt. Auch die Gegenrevolution drängt. Wir brauchen die Klapp und klare Entscheidung des Parteitag. (Beifälliger Beifall.)

Genosse Krause mahnte, die Schuld nicht immer auf die Führer abzumägen, sondern sie auch bei uns selbst zu suchen. Mit der Parole: „Alle Macht den Arbeitern und Soldaten“ ist es noch lange nicht getan. Wir haben ja noch nicht mal in den Industriebetrieben die Mehrheit der Arbeiter für uns. Für Durchführung der Revolution gehört die Masse, nicht allein die Führer.

Genosse Redakteur Prager stellte einen erheblichen Grad von Oberflächlichkeit in der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Streitfragen fest. Man greife nach einem Fetisch. Nicht was nicht nach Räteformen aussehe, existiere nicht mehr. Bisher habe die Erfahrung nicht gezeigt, daß die Politik der Masse die Arbeiter mehr revolutionisiert und die Einigung des Proletariats nähererückt habe als die Politik der Partei. Weder der Parlamentarismus, noch das Räteystem seien als einzige Mittel zu betrachten, sondern alle Mittel müßten in Anspruch genommen werden zur Befreiung des Proletariats vom Joch des Kapitalismus. Die „Freiheit“ habe die Aufgabe, alle Mittel zu erörtern.

Genosse Jochims sprach sich ebenfalls für die sofortige Einberufung des Parteitag aus und verteidigte die allgemeine Haltung der Partei sowie auch die Teilnahme an der Luzerner Konferenz.

Der Antrag auf sofortige Einberufung eines Parteitag wurde darauf einhellig angenommen.

Nach einigen unwesentlichen Erörterungen wurde die Generalversammlung geschlossen.

Das neue Statut bringen wir ausführlich in einer späteren Nummer.

Gewerkschaftliches.

Der Schiedspruch für Versicherungsangestellte.

Zu unserer Mitteilung über den Schiedspruch des Schlichtungsausschusses zwischen dem Arbeiterverband Deutscher Versicherungsangestellter in Berlin und dem Verband der Deutschen Versicherungsbeamten in München geben wir nachträglich als Ergänzung den weiteren Wortlaut des Schiedspruchs. Sachlich hält es der Schlichtungsausschuss für eine Pflicht der Direktoren der Versicherungsgesellschaften, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um zu veranlassen, daß auch bei den Provision-Generalarbeitern gleichwertige Arbeitskräfte in gleicher Weise wie bei den Direktoren, als nach dem Tarif, befolgt werden.

Selbst die Erhöhung von Angestelltenelohnen bei den Agenturen infolge dieser Verpflichtung wegen der jetzigen Provisionen- und Rücklage Abhilfe zu schaffen.

Nachregelungen gegen Direktoren-Angestellte aus Anlaß ihres Verhaltens in dieser Angelegenheit sollen nicht vorgeschrieben werden. Rechtsansprüche gegen sie auf demselben Anlaß dürfen nicht erhoben werden.

Die Stimmung unter den Gasarbeitern.

Gestern vormittag fand in den Konfektionsläden eine stark besuchte Versammlung der Gasarbeiter statt, die sich hauptsächlich mit dem Rücktritt der Ortsverwaltung beschäftigte. Unter lebhaftem Beifall führte der Referent Minke aus, daß sich mehr und mehr auch unter den Gasarbeitern nach Bestreben nach Aufhebung der reaktionären Führer geltend mache und daß sich wohl deshalb die Mitglieder der Ortsverwaltung in der dem Einfluss der Arbeiter nicht entrückten Zentralleitung neue Vertreter gesichert hätten, nachdem das gefasste Vertrauensvotum von dem erweiterten Verband abgelehnt worden sei. Die folgenden Redner wiesen darauf hin, daß die Aufstellung des bisherigen Ortsvorsitzenden Minke als Redakteur durch die Zentralleitung durchaus den Statuten widerspreche und nur auf das Bestreben der reaktionären Zentralleitung zurückzuführen sei, noch kurz vor dem Gewerkschaftskongress alle einflussreichen Stellen mit Gewerkschaftsmitgliedern zu besetzen. Ein Redner forderte unter lautem Beifall, der Zentralleitung die Vertäge zu sperren, wenn sie weiter ihre konterrevolutionäre Politik fortsetze.

Die ganze Versammlung bewies, daß die Gasarbeiter nicht gewillt sind, weiter der Politik der reaktionären Führer Folge zu leisten. Die Versammlung billigte die Ablehnung des Vertrauensvotums durch den erweiterten Ortsverband und war mit dem Rücktritt der Ortsverwaltung durchaus einverstanden. Im weiteren Verlauf der Versammlung gelangte noch unwesentlichen Änderungen der neue Tarifentwurf zur Annahme.

Ssaschka Schegulow
Revolutionsroman von L. Andrejew
erscheint in der
Illustrierten Wochenschrift
Die freie Welt
20 Pfennig.
Bei jedem Zeitungshändler erhältlich!

In einer Resolution wurde gegen 10 Stimmen dem Vorschlag...

Personal der Krankenhäuser, Kliniken, Lazarette!

Sorgt dafür, daß euer Betrieb in den Krankenhäusern...

Achtung Stab- und Postenarbeiter!

Infolge der am Dienstag, 20. August, stattfindenden Parte...

Vertrauensleute oder Stellvertreter der gewerkschaftlichen Arbeiter...

Ratgeber. Die Bibliothek der Gewerkschaften, die sich im...

Groß-Berlin.

Das Arbeitersportfest im Stadion.

Das 8. Arbeitersportfest im Stadion hatte gestern nachmittag...

Die Beteiligung der beim Arbeitersportfest Groß-Berlin an...

Rehen spielen. Und schließlich sind noch die Schwimmwettk...

Während der Wettkämpfe überflog das Passagierluftschiff...

Von den Resultaten der ausgetragenen Wettkämpfe führen...

Staffetten: 3000 Mtr. (10 Läufer): 1. Fichte 17...

Arbeitersportvereinigung Südwest 5 Siege. Langziehen (Reicht...

Das Arbeitersportfest kann das gestrige Sportfest als eine...

Ueber einen Kamm geschoren.

Einige Arbeiter, die bisher auf dem Flugplatz in Oberhof...

Unserer Auffassung nach ist es von der betreffenden...

Freie Jugend Groß-Berlin. Jugendliche über 18 Jahre...

Lebensmittellisten.

Bankow. Vom Montag ab auf Abschnitt 62 der allgem. Lebens...

Aus den Organisationen.

Neukölln. Funktionäre des 3. Quartals: Wichtige Besprechun...

Bereinstellender.

Schildermaler. Dienstag abend 7 Uhr bei Wellenschiefer, W...

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wislapp, Redakt...

Theater und Vergnügungen. Königgräzter Straße...

Komödienhaus. an der Marschallstraße...

Berliner Theater. 8 1/2 Uhr: Die Dame im Frack...

Berliner Prater. Kastanien-Allee 7-9...

Vergnügungspalast. Groß-Berlin Hasenheide 13/15...

Trianon-Theater. Der gute Ruf...

Volkstheater. Theater am Ballouplatz...

Wintergarten. Varietevorstellung...

National-Theater. Familie Mannemann...

Rose-Theater. Das sieht sich jeder an...

Cosmo-Theater. Großstadt-Pflanzen...

Deutsches Theater. Bis einsch. Sonntag, den...

Kammerpiele. Bis einsch. Sonntag, den...

Kaufgesuche. Elektromotore...

KUPFERDRÄHTE, Metall...

Verkäufe. Zigarren, Zigaretten...

Piano. Elegantes schwarzes 1600...

Balschmieders. Varieté-Garten Sommer-Theater...

Kaufgesuche. Elektromotore...

KUPFERDRÄHTE, Metall...

Verkäufe. Zigarren, Zigaretten...

Piano. Elegantes schwarzes 1600...

Balschmieders. Varieté-Garten Sommer-Theater...

Arbeiter-Wanderverein, Berlin. Sonntag, den 7. September...

Unabhängige Sozialdemokrat. Tageszeitung...

Arbeiter-Stenographen-Verein Stolze-Schrey...

Mieterbund (Gruppe Nord-Ost). General-Berammlung...

Aula der Gemeindeschule, Christburger Str. 14...

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verwaltungsstelle Berlin...

Verammlung der Kerntäter und Kerntäterinnen...

Verammlung aller Hochleger und Helfer...

Verammlung aller in Innungsbetrieben beschäftigten...

Spezial-Arzt. Dir.: Löser senior. Zahngelbisse...

Auch die sauberste Mutter. Ist der Gefahr ausgesetzt, daß ihr Kind aus der Schule...

Parasiten Liniment Pfeifferol, Flasche 1,75 M. u. 2,75 M.

Apotheker Otto Pfeiffer & Wiewler, N. 65, Schillerstr.